_____
Datum

An die
Bezirksregierung Arnsberg
Dezernat 24 - Sozialberufe
Postfach
59817 Arnsberg

Aktenzeichen: 24.11.05 / 24.11.06 / 24.11.07

Antrag
auf die Entscheidung über die Befugnis
zur Aufnahme oder Ausübung des Berufs als

( ) staatlich anerkannte/r Sozialpädagog*in/Sozialarbeiter*in

( ) staatlich anerkennte/r Kindheitspädagog*in

( ) staatlich anerkannte/r Heilpädagog*in

Hinweis: Bitte beachten Sie die Erläuterungen im ergänzenden Merkblatt zum Antragsverfahren, in der Übersetzungscheckliste und in der Rubrik „Häufig gestellte Fragen" und füllen Sie bitte den Antragsvordruck gut lesbar und vollständig aus. Falls der vorgesehene Platz in diesem Vordruck für Ihre Angaben nicht ausreichen sollte, können Sie ein Ergänzungsblatt beifügen.

Sie werden gebeten, alle Unterlagen per Post vorzulegen. Auf die Geltung des Onlinezugangsgesetz (OZG) wird hingewiesen.

1. Antrag

Ich beantrage hiermit die Befugnis zur Aufnahme oder Ausübung des oben genannten Berufs aufgrund meiner in

_____
(Ausbildungsstaat)

erworbenen Berufsqualifikation als

_____
(Angabe der Berufsbezeichnung in deutscher Sprache)

_____ .
(Angabe der Berufsbezeichnung in der Originalsprache aber in lateinischer Schrift –> zwingend erforderlich!)

Mir ist bekannt, dass der Antrag kostenpflichtig ist und Verwaltungsgebühren in Höhe von 60 bis 600 Euro auslöst. Mir ist bewusst, dass gegebenenfalls Auslagen für Gutachterkosten von etwa 50 – 250 Euro (je nach Aufwand, 74€ pro Stunde), sowie Kosten für eventuell notwendige Ausgleichsmaßnahmen (Anpassungslehrgang/Eignungsprüfung) hinzukommen, die direkt an die jeweilige Technische Hochschule/Fachhochschule zu entrichten sind.

2. Personenbezogene Angaben

_____
Familienname (gegebenenfalls auch der Geburtsname)

_____
Vorname

_____ _____ _____
Geburtsdatum Geburtsort Geburtsland

_____
Staatsangehörigkeit

_____
Straße PLZ, Ort

( ) männlich ( ) weiblich ( ) divers

3. Angaben zur Berufsqualifikation

a) Name und Ort der Hochschule/Akademie/Einrichtungen, an der das Studium erfolgte:

- theoretische Abschnitte:

_____
(Universität/Hochschule/Akademie)

- praktische Abschnitte des **Studiums** (nicht Berufserfahrung):

_____
(Einrichtung/en)

_____

_____

b) Beginn des Studiums: _____ Ende des Studiums: _____

Datum des Abschlusszeugnisses/des Ausbildungsnachweises: _____

c) Angabe der Behörde, die die Erlaubnis zur Befugnis über die Aufnahme oder Ausübung Ihres Berufs (Berufsausübungsberechtigung) in Ihrem Heimatland/im Ausbildungsstaat ausgestellt hat:

_____

_____

Alle Angaben zur Berufsqualifikation sind durch Zeugnisse, Urkunden, Diplome oder Bescheinigungen nachzuweisen. Bitte beachten Sie die Hinweise zur qualifizierten Übersetzung fremdsprachiger Dokumente.

Zur Beurteilung des Ausbildungsumfanges und der Ausbildungsinhalte müssen folgende Angaben aus den von Ihnen beigefügten Nachweisen (Diplomanhang/Supplement/Transkript) hervorgehen:

- die Themengebiete und die jeweilige Stundenzahl der erteilten theoretischen Lehrveranstaltungen,
- die Themengebiete und die jeweilige Stundenzahl der praktischen Ausbildung.
- soweit vorhanden sind entsprechende Nachweise über den Erwerb relevanter deutscher Rechtskenntnisse erforderlich.

4. Angaben zur einschlägigen Berufstätigkeit

Hier sind nur die **Berufstätigkeiten** im Fachgebiet Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kindheitspädagogik oder Heilpädagogik einzutragen:

Zeitraum	Arbeitgeber/Institution	Berufliche Funktion
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Berufserfahrung ist durch qualifizierte/detaillierte Arbeitszeugnisse oder Bescheinigungen nachzuweisen, die die ausgeübte Tätigkeit beschreiben.

5. Angaben zu beruflichen Zusatzqualifikationen/Fortbildungen

Zeitraum	Institution	erreichtes Qualifikationsziel
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Qualifikationsnachweise sind als einfache Kopie vorzulegen.

6. Angaben zu früheren Antragsverfahren

Wurde bereits ein Antrag auf Berufsanerkennung für das Fachgebiet Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kindheitspädagogik bzw. Heilpädagogik in einem anderen Bundesland, oder bei einer Verwaltungsstelle (z.B. Bezirksregierung) in Nordrhein-Westfalen gestellt oder ist ein solches Verfahren anhängig?

( ) nein

( ) ja, es wurde bei folgender Stelle/Behörde bereits ein Antrag gestellt:

_____

(Dem Antrag sind frühere Entscheidungen als beglaubigte Kopie beizufügen.)

7. Erklärungen (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich versichere, dass
( ) ich meinen Wohnsitz im Regierungsbezirk Arnsberg habe und im Besitz einer gültigen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung bin oder
( ) meine zukünftige Arbeitsstätte im Regierungsbezirk Arnsberg liegt.

Ich bin damit einverstanden, dass meine gesamten Antragsunterlagen – falls erforderlich – zur fachlichen Beurteilung an die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZaB) in Bonn und/oder eine der zuständigen Fachhochschulen weitergeleitet werden.

Mir ist bekannt, dass die Bewertung durch eine der zuständigen Fachhochschulen für mich kostenpflichtig ist und je nach Aufwand mit 47,00 Euro pro Stunde berechnet wird.

Ich bin darüber informiert, dass die Antragsbearbeitung gebührenpflichtig ist und Verwaltungsgebühren in Höhe von 60 - 600 Euro anfallen.

Weiterhin ist mir bekannt, dass die Bearbeitungsgebühren auch bei einer Ablehnung oder Rücknahme des Antrags anfallen, soweit mit der Bearbeitung bereits begonnen worden ist (§ 15 Abs. 2 Gebührengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – GebG NRW). Die Gebühr ermäßigt sich dann um ein Viertel. Über die Gebühr hinaus kann gemäß § 10 Abs. 1 GebG NRW Auslagen- ersatz gefordert werden.

Mir ist bewusst, dass von den Fachhochschulen für eventuell erforderliche Ausgleichslehrgänge Studiengebühren erhoben werden.

Mir ist bekannt, dass eine Straffreiheitserklärung sowie ein behördliches Führungszeugnis vorzulegen sind. Hierzu ergeht eine gesonderte Aufforderung.

Die Erlaubnis zur Befugnis über die Aufnahme oder Ausübung meines Berufs wurde bislang in meinem Heimatland bzw. im Ausbildungsland nicht widerrufen.

Ich versichere, dass ich alle Angaben wahrheitsgemäß gemacht habe und mir bewusst ist, dass falsche oder unvollständige Angaben zu einer strafrechtlichen Verfolgung führen können.

_____	_____
Ort, Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift